

»Spaß beiseite...«

„Die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung des Judentums in Ungarn war das größte Hindernis um die Kräfte des magyarischen Volkes und der andersnationalen Bevölkerung Ungarns in den Kampf gegen den Bolschewismus und gegen die Plutokratie einzusetzen. Erst jetzt, nach der Regierungsverordnung über die Enteignung jüdischer Rundfunkgeräte, kommt die Bevölkerung zur Besinnung, wie sehr das jüdische Kapital Hand in Hand mit den jüdischen Arbeiterführern, das magyarische Volk auf Irrwege führte. Besonders die Flüsterpropaganda, genährt von den feindlichen Rundfunksendungen, hatte im Volk noch vor kurzem eine kaum glaubliche zersetzende Wirkung. Nun hat sich aber die Lage verändert. Der einfache Mann auf der Straße sagt selbst: Jetzt aber Spaß beiseite!“

„Wenn also auch der tatsächlichen Durchführung der bekanntgegebenen Verordnungen dem Juden und seinen Helfershelfern die Möglichkeit geraubt wird, aus eigener Phantasie gesponnene Märchen oder Lügen zu verbreiten, die er aus feindlichen Rundfunksendungen schöpft, so ist die größte Gefahr gebannt.“

„Der heimtückische Jude muß zweifelsohne aus allen wichtigen Betrieben, Unternehmungen und Kaufhäusern ausgeschaltet werden. Zu gleicher Zeit aber erwachen der nicht-jüdischen Bevölkerung, die in Kürze berufen ist, die gesamte Volkswirtschaft in die Hand zu nehmen, Aufgaben, die in voller Verantwortung erfüllt werden müssen!“

Das sind nicht Auszüge aus einem Artikel von Alfred Rosenberg oder Julius Streicher, sondern wir entnehmen sie der „Deutschen Zeitung“ in Budapest vom 23. April 1944. Hauptschriftleiter dieses Blattes war damals Herr Dr. Georg Goldschmidt, der heute Referent für Ausländerfragen im Bundesvertriebenenministerium des Herrn Prof. Dr. Oberländer ist!

Von besonderer Seite wird uns zur Person des Herrn Dr. Goldschmidt geschrieben:

Dr. Georg Goldschmidt war nach dem Kriege Angestellter der Stadt Enns in Österreich. Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren damals den Österreichern lästig, die sich bemüht, durch Auswanderung diese „lästigen Ausländer“ loszuwerden. „Schweizer Europahilfe“ nannte sich damals ein Unternehmen, das sich gegen die zollfreie Einfuhr von Waren nach Brasilien verpflichtete, dafür Volksdeutsche aus dem Südosten für die Ansiedlung in Brasilien zu gewinnen. Dr. Georg Goldschmidt war für diese Gesellschaft tätig, um zur Entlastung Österreichs die Auswanderung der Südostdeutschen nach Brasilien zu organisieren. Damit Dr. Goldschmidt mit der Regierung Brasiliens Verhandlungen führen konnte, erhielt er von Österreich einen österreichischen Reisepaß und damit auch die österreichische Staatsbürgerschaft.

500 Familien wurden von Goldschmidt nach Brasilien gebracht. Er selbst blieb jedoch nicht bei ihnen, sondern überließ seine Landsleute ihrem Schicksal. Da er offenbar nach Österreich nicht mehr zurückkonnte, weil seine Landsleute zuviel über die schlechte Lage der Ausgewanderten wußten, kam er in die Bundesrepublik. Vom damaligen bayerischen Staatssekretär Prof. Dr. Oberländer erhielt er — trotzdem er österreichischer Staatsbürger war! — den Bundesvertriebenenpaß. In Eßlingen a. N. gründete er eine Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, die allerdings nicht den gewünschten Erfolg brachte, weil sich das Verhalten Goldschmidts gegenüber seinen Landsleuten in Guarapava in Brasilien herumgesprochen hatte. Die von Goldschmidt nach Brasilien verbrachten Südostdeutschen baten jahrelang verzweifelt um Hilfe von der Kirche und auch der Bundesrepublik, um sie vor dem Untergang zu retten. Auch heute noch kämpfen diese Menschen unter den unglaublichsten Schwierigkeiten in Brasilien um ihre nackte Existenz.

Dr. Goldschmidt aber wurde nach der Ernennung Oberländers zum Bundesvertriebenenminister von diesem in sein Ministerium berufen, wo er mit Fragen der Ausländer befaßt ist. Er soll demnächst Oberregierungsrat werden.

Höhere Diäten

Die niedersächsischen Landtagsabgeordneten haben sich ihre monatliche Aufwandsentschädigung von bisher 300 auf 450 DM erhöht. Begründung: der bisherige Diätensatz habe in keinem Verhältnis zu den erhöhten Unkosten gestanden. So leicht ist das bei Volksvertretern!

Von Monarchie zu Monarchie?

Die Wandlung des Herrn von Lodgman

I.

In den vergangenen Wochen waren die tschechischen Sendungen von Radio Madrid und ihre Hintergründe wiederholt Gegenstand kritischer Betrachtungen nicht nur der Vertriebenen-Presse, sondern auch angesehenen Presse-Organe Westdeutschlands. Die ablehnenden Stimmen überwogen bedeutend gegenüber denen vorsichtiger Zustimmung oder gar offener Stellungnahme für diese Art von Rundfunkpropaganda. Genau besehen, war es nur das Organ der „Fides“-GmbH, die „Sudetendeutsche Zeitung“, die sich, die Landsleute grüßlich täuschend, „Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ nennt, uneingeschränkt zu den tschechischen Sendungen des spanischen Dokumentationszentrums bekannte.

Der Präsident dieses spanischen Propaganda-Unternehmens ist der Erzherzog Otto von Habsburg-Lothringen (besser Bourbon-Parma). Aus der begeisterten Zustimmung der „Sudetendeutschen Zeitung“ ist somit unschwer zu erkennen, wessen Kind die „Fides“-GmbH ist.

Im Zusammenhang mit den kritischen Betrachtungen zu diesen Sendungen von Radio Madrid wird wiederholt der Name des früheren tschechischen Generals Lev Prchala genannt, der in London in der Emigration lebt und der namens einer kleinen tschechisch-nationalen Gruppe im August 1950 ein Übereinkommen mit der damaligen „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ traf, das seit-

her im sudetendeutschen politischen Sprachgebrauch den Namen Prchala-Abkommen trägt. Zur praktischen Auswertung dieser Übereinkunft wurde der „Föderativ-Ausschuß des Prchala-Abkommens“ gegründet, dessen sudetendeutsche Mitglieder das Präsidium der „Arbeitsgemeinschaft“, bestehend aus dem Vorsitzenden der SL, Dr. von Lodgman und den beiden Bundestagsabgeordneten Hans Schütz (CSU) und Richard Reitzner (SPD) stellt. Der Föderativ-Ausschuß war durch die anfallende Arbeit nicht gerade überlastet. Seine Tätigkeit lag im sudetendeutschen Bereich völlig konform mit der Arbeitsgemeinschaft, die satzungsgemäß für die Wahrnehmung außenpolitischer Interessen allein zuständig war. Lodgman versuchte bald nach Abschluß des Abkommens sich in seiner Eigenschaft als „Sprecher der SL“ als den alleinigen Urheber dieses Vertrages von sudetendeutscher Seite herauszustellen, obwohl Prchala ursprünglich gar nicht an ihn, sondern an Unterzeichner der Eichstätter Deklaration herangetreten war, an deren Zustandekommen Lodgman völlig unbeteiligt war und die er schärfstens bekämpfte.

Ein sprechender Beweis dafür, daß die stärkste Triebfeder der Handlungen des Politikers Lodgman in ausgeprägter Eitelkeit und einem Geltungsbedürfnis zu suchen sind, dem wirkliche Leistungen bedeutend nachhinken.

Wir werden die Vorgeschichte des Prchala-Abkommens noch einer ein-

gehenden Betrachtung unterziehen und darlegen, wie Verträge zustandekommen, wie sie ausgelegt werden und welche verschlungenen Irrwege die Heimatvertriebenen von Leuten geführt werden, die sich für den Nabel des Weltgeschehens halten und stets nur sich, niemals aber die Gemeinschaft sehen.

Die „Kurzmitteilungen und Kommentare“ der SL vom 18. November 1950, also knapp drei Monate nach dem Abschluß des Abkommens bringen eine Marke folgenden Inhalts:

„Je ernsterhafter das sudetendeutsche Abkommen insbesondere im Ausland diskutiert wird, desto mehr Männer melden sich, die dabei Pate gestanden haben wollen. Das wäre an sich belanglos, wenn diese Personen und Kreise nicht versuchten, daraus politisches Kapital zu schlagen. Deshalb sei eindeutig festgestellt, daß das Abkommen nach langen Verhandlungen, bei denen der Präsident des Anglo-Sudetens-Clubs in London, Rudolf Storch, als Mittelsmann tätig war, zunächst als eine persönliche Vereinbarung zwischen Dr. v. Lodgman und General Prchala formuliert und erst nach Billigung durch verantwortliche Männer der SL der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen vorgelegt wurde. Der Sprecher, der für General Prchala als einziger Partner in Frage kam, hätte das Abkommen ohne weiteres im Namen der Sudetendeutschen Landsmannschaft abschließen können. Daß es der Arbeitsgemeinschaft zur Ratifizierung übergab, hatte den Zweck, die in ihr vertretenen parteipolitischen Gruppen daran zu binden. Weder die Arbeitsgemeinschaft noch sonst irgend jemand war deshalb an den Verhandlungen zwischen Dr. Lodgman und General Prchala beteiligt.“

Wer ist Herr von Lodgman?

Gebürtig in Königgrätz, spricht er heute noch das Königgrätzer Deutsch, untermischt mit einigen Slogans des Prager Grabendeutsch. In eine der zahlreichen Mundarten, die im Sudetenland gesprochen wurden, läßt sich die Klangfarbe seiner Sprache nicht einreihen, in das gute Hochdeutsch nur mit Mühe. Aufgewachsen in der Vorstellungswelt des k.k. Staatsbeamten wird er Verwaltungsjurist und bereits im Alter von 34 Jahren zieht er im Jahre 1911 als Abgeordneter in den österreichischen Reichsrat ein. Er ist als Kandidat irgendeiner Wirtschaftsgruppe gewählt, nur dieser verpflichtet und ist daher „Wildler“ im Reichsrat zu Wien, d. h. politischer Einzelgänger, der sich keiner Partei anschließt. Man hält ihn für einen Demokraten, ohne daß man deswegen bei Thron und Altar seine demokratische Aktivität besonders fürchtet.

Im Jahre 1918, nach der fehlgeschlagenen österreichischen Piave-Offensive, naht das Ende der alten Donaumonarchie heran. Man sucht einen Liquidator, der in dieser völlig verfahrenen Situation bereit ist, das Amt des k.k. Ministerpräsidenten zu übernehmen. Unter mehreren anderen Kandidaten wird auch der Name Lodgmans genannt. Schließlich übernimmt der Völkerrechtler Lammasch die wenig erfreuliche Aufgabe, das alte Österreich zu liquidieren. Es mutet wie ein Treppenvitz der Weltgeschichte an, daß ein Mann, der einmal bereit war, das Reich Karls des Letzten in seine Bestandteile aufzulösen, mit seinen Greisenhänden über das Salzburger Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes, die „Abendländische Akademie“ und unter Zuhilfenahme von Radio Madrid gemeinsam mit und für Sohn Otto versucht, das alte Österreich wieder zusammenzubasteln. Die historische Bastelstube dafür ist das

neue Büro des Föderativ-Ausschusses des Prchala-Abkommens zu München, Südliche Auffahrtsallee 34. Die Wissenden beobachten ebenso skeptisch wie interessiert den Fortgang dieser historischen Bastelei.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie, Oktober/November 1918, hing Deutschböhmen ebenso wie Deutschmähren und Schlesien sozusagen in der Luft. Die Tschechoslowakei war gegründet worden und trennte damit die wesentlichsten Teile der deutschen Sudetenländer räumlich von den Kernländern Deutsch-Österreich ab. Diese Provinzen erhielten eigene Landeshauptleute. Für Deutschböhmen war der weitbekannte und angesehene Rafael von Pacher als Landeshauptmann vorgesehen. Dieser verblieb jedoch in Wien und an seine Stelle trat, ein wenig überraschend für viele Deutschböhmen, Dr. Rudolf Lodgman von Auen.

Er hat schon einmal versagt

Damit war dem heutigen Sprecher der SL eine Aufgabe übertragen, deren richtige Lösung von größter politischer Bedeutung, die weit über die Grenzen seiner deutsch-böhmischen Heimat hinausreichte, war. Sie konnte von ausschlaggebender Bedeutung für Mitteleuropa, in ihrer geschichtlichen Tragweite in den folgenden Jahrzehnten vielleicht für Gesamt-Europa werden. Die Größe dieser Aufgabe erforderte einen Tatmenschen — ein Verwaltungsjurist reichte dazu nicht aus. Das, was Lodgman im November 1918 in Deutschböhmen vorfand, war gewiß kein Paradies. Gewaltige Blutopfer hatten die deutschen Soldaten aus den Sudetenländern gebracht. Hunger, Not und Elend waren in der Heimat eingezogen. Ein Anschluß an das besiegte Deutschland war nicht möglich; die siegreiche Entente hätte ihn mit allen Mitteln verhindert. Aber auch der Anschluß an Österreich war für die wesentlichen Teile von Deutschböhmen-Mähren und Schlesien, wie ein

Blick auf die Karte in Bezug auf die geographische und ethnographischen Grenzen zeigt, undurchführbar. Es blieb also für den Einsichtigen nur der Versuch einer autonomen Lösung im Rahmen der Tschechoslowakei übrig. Nun hatten die Tschechen, die allerdings nur theoretisch, am Kriege gegen die Mittelmächte an der Seite der Entente teilgenommen hatten, Siegerallüren, aber wenig konkrete Machtmittel zur Hand. Die Ersatzkaders der alten k.u.k. Regimenter aus Böhmen und Mähren lagen in Ungarn, ungarische Regimenter dafür in Prag, Pilsen und anderen tschechischen Städten. Die Legionäre waren in Sibirien, die nächsten Ententetruppen, Franzosen, standen in Belgrad und hatten ihre eigenen Sorgen.

Der Versuch, eine tragbare politische Lösung — also die Autonomie — unter Umständen auch zu erzwingen, lag zum Greifen nahe. Bewaffnete Streitkräfte der Sudetendeutschen

waren bereits in der Heimat oder im Anmarsch. Militärische Führer von Rang und Ansehen — der Theresienritter Generalmajor v. Waechter, Oberst Tittelbach, der Kommandant des Reichenberger Hausregiments u. a. stellten sich zur Verfügung. Die Kärntner kämpften unter weit härteren Bedingungen um die Freiheit ihrer Heimat — und hatten Erfolg.

Was tat Herr von Lodgman? Er setzte sich mit seinen Männern von Teplitz-Schönau nach Reichenberg ab und retritierte von dort nach Zittau in Sachsen. Er getraute sich nicht einmal Notgeld drucken zu lassen, weil „die gesetzlichen Grundlagen dazu fehlten“. Wann hätte je ein k.k. Statthalterkonzipient etwas ohne, ja gegen das Gesetz getan? Wenn einem das Schicksal mit Gorgonenblicken anstarrt, kann man ihm nicht mit dem verbindlichen Lächeln eines akademischen Sangesbruders begegnen.

(Fortsetzung folgt.)

Krampus meint:

Befragt, was er von den Bestrebungen halte, die Soldatengelder des Anreizes halber zu erhöhen, sagte Krampus: „Soldat kommt von Sold“.

Befragt, was er zu der geplanten Neuaufstellung von Luftlandtruppen durch das Ministerium Blank meine, sagte Krampus: „Typische Verteidigungseinheiten.“

Befragt, ob er auch von der Ungeduld der Amerikaner in Bezug auf das deutsche Aufrüstungstempo gehört habe, meinte Krampus: „Je schiefer die Ebene, desto schneller rollt der Dollar. Also schiefer stellen!“

Befragt, ob die Kriegsdienstverweigerer recht hätten, sagte Krampus: „Das ist keine Rechtsfrage, sondern eine Mutfrage.“

Befragt, was er von der Ernennung des Kardinals Wendel zum Feldbischof der westdeutschen Armee halte, meinte Krampus: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister!“

Befragt, was er zu der Forderung der Alliierten nach Übernahme der Truppenkosten durch die Deutschen meine, sagte Krampus: „Wenn so hätten wir uns ja die Aufregung mit Blank sparen können.“

Befragt, was er zu der Aufrechterhaltung des Konkultrats-Paragrafen im Bayerischen Landstraftrecht

sage, meinte Krampus: „Das Eheschließungszeugnis ist in beglaubigter Abschrift im Format DIN A 8 an der Wohnungstür zwei Finger breit schräg unterhalb des Namensschildes anzubringen. Es ist nachts zu erleuchten.“

Befragt, was er von der allgemeinen Wehrpflicht halte, sagte Krampus: „Wenn ich alle Parlamentarier, die dafür stimmen, in meine Kompanie zur Ausbildung bekomme, bin ich lebhaft dafür.“

Befragt, was er dazu zu sagen habe, daß in Bayreuth der Bau einer Heimkehrer-Siedlung nicht zustande kam, da das Gelände für Garnisonszwecke reserviert werden mußte, meinte Krampus: „Eine Kurzsichtigkeit der potentiellen Heimkehrer.“

Durch die Gelder, durch die Auen

In dem Sender von Madrid sitzt ein alter Invalid, Singt die alten Heldenlieder k. u. k. getreu und bieder.

Von der Krone von Sankt Wenzel Singt der Alte die Gstänzl, Böhmisches teils und teils sudetisch, Der Applaus ist nicht frenetisch.

Freuen tun sich nur die wengen, Die noch halten zu den Kön'gen Und zu jenen Kardinälen, Die am liebsten spanisch wählen.

Doch die andern, die in Lagern, Freuen sich nicht an den Versagern, Die mit Kreuz und Zepfer führen Und kassieren, und kassieren.

Durch die Auen, durch die Wälder Geht die vielen Beitragsgelder, Die anstatt der Not zu steuern, Faule Mumien erneuern.

In dem Sender von Madrid Singt der alte Invalid Ottos gottgesalbte Lieder Treu und bieder, immer wieder.

Werner Fr. Berghöfer.

Das Wehrpflicht-Gesetz

Das Bundeskabinett hat mit einer Eile, die wir bei der Sozialreform und beim Lastenausgleich so sehr vermissen, den Entwurf für das Wehrpflichtgesetz verabschiedet, das nun dem Bundestag und Bundesrat zur Beschlußfassung zugeht.

Der Gesetzentwurf sieht die allgemeine Wehrpflicht für alle männlichen Deutschen vom 18. bis 45. Lebensjahr vor, für Unteroffiziere und Offiziere bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres.

Die Wehrpflichtigen sollen einen 18monatigen Grundwehrdienst leisten. Ein Vertreter des Bonner Kriegsministeriums erklärte, mit Einberufungen von Wehrpflichtigen sei erst 1957 zu rechnen.

Bayernpartei gegen Wehrpflicht

Der Landesvorsitzende der Bayernpartei und stellvertretende bayerische Ministerpräsident, Dr. Baumgartner, warnte in einer Rede über den Bayerischen Rundfunk vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und erneuerte die Forderung seiner Partei, es bei der Aufstellung eines Freiwilligenheeres zu belassen. In allen deutschen Ländern habe es schon seit Jahrzehnten beachtliche Stimmen gegeben, die davor warnen, Deutschland zu einem Militär-, Macht- und Einheitsstaat zu machen. Trotzdem habe die Entwicklung zum deutschen Macht- und Militärstaat ihren Lauf genommen. „Die Rechnung für diese Fehlentwicklung hat das gesamte deutsche Volk bis in unsere Tage bitter bezahlen müssen.“

Auch die jetzige Entwicklung...

Der Blinde und der Lahme

Der BHE und die FDP in Schleswig-Holstein haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Der BHE-Landesvorsitzende, Minister Asbach, und der FDP-Landesvorstand in Kiel sehen in dieser Entwicklung einen Fortschritt für das politische Leben des Landes.

Neuer Reptilienfonds genehmigt

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat dem Bundeskanzler erneut einen „Fonds zur Förderung des Informationswesens“ — allgemein Reptilienfonds genannt — in Höhe von 12,5 Millionen DM bewilligt. Dieser „Reptilienfonds“ untersteht keinerlei parlamentarischer Kontrolle.

Gesperret!

Zur Zeit liegen beim bayerischen Landesversorgungsamt 256 Bewilligungsbescheide auf sogenannte Kapitalabfindungen für Kriegsoffer, die jedoch nicht ausbezahlt werden können, weil das Bundesarbeitsministerium eine Auszahlungssperre verfügte. In den Monaten Februar und März können weitere 600 Anträge bewilligt werden, wenn die Sperre aufgehoben würde.

Kein Geld für Kriegsoffer — alles für die Rüstung zur Schaffung neuer Kriegsoffer!

Alles für unser Geld

Noch in diesem Jahr soll der Ausbau des Maximilianums, in dem der Bayerische Landtag untergebracht ist, in Angriff genommen werden. Für jeweils zwei Abgeordnete soll ein Arbeitszimmer sowie einige zusätzliche Sitzungssäle geschaffen werden. Landtag und Senat kosten dem bayerischen Steuerzahler jährlich rund 4 Millionen DM.

Wäre es nicht menschlicher, erst einmal den zehntausenden von Lagerbewohnern in Bayern menschenwürdige Behausungen zu beschaffen? Bisher sind die Herren Abgeordneten ja auch ohne eigene Arbeitszimmer ausgekommen!

England und die reine Berufswehrmacht

Bereitschaft der ersten Stunde

Auch Holländer meinen, daß die Wehrpflichttheorie veralten

Bei den sehr engen Beziehungen, die gerade die Beneluxländer militärpolitisch stets mit Großbritannien unterhalten, hat dort die Absicht der Engländer, in den nächsten Jahren möglichst ihre Armee, Marine und vor allem auch Luftwaffe in eine reine Berufswehrmacht umzubauen und auf die Wehrpflicht zu verzichten, ein lebhaftes und interessiertes Echo gefunden. Was einzelne niederländische Kommentatoren dazu sagen, dürfte auch in der Bundesrepublik interessieren.

Als man in London zuerst derartige Pläne andeutete, wurde eine geplante Umstellung fast ausschließlich mit der britischen Tradition begründet. Erst im Ersten wie später auch im Zweiten Weltkrieg wurde im Inselreich — stets gegen starken Widerspruch weiter politischer Kreise — die Wehrpflicht eingeführt. Die Kriegskabinette mußten immer auf eine Fülle von Argumenten zurückgreifen, um auch die oppositionellen Kreise schließlich zu einem „Ja“ zu bringen. Nach Kriegsende wurden stets sofort Stimmen laut, die die Wehrpflicht baldigst wieder abzuschaffen wünschten. Es ist bemerkenswert, daß auch heute z. B. Kanada als Glied des britischen Commonwealth innerhalb der NATO seit langem nur mit einem Berufsheer vertreten ist. Alle diese Erwägungen haben eine erhebliche Bedeutung, die Niederländer und Belgier meinen aber, daß daneben neuerdings auch noch ganz neue strategische Überlegungen mitspielen. Im Zeitalter der Wasserstoffbomben und der erstaunlichsten Fortentwicklung auch der sogenannten traditionellen Waffen sei es auch den Briten ganz klar, daß in jedem Ernstfall die erste Stunde schon beinahe entscheidende Bedeutung haben könne. Man weiß in London, daß z. B. die Sowjets ihre Luftwaffe und vor allem auch die Marine ständig in höchster Bereitschaft halten und später aufzustellende Reserveformationen nur eine sekundäre Bedeutung beimesen. Luftwaffen- und Marineexperten stellen fest, daß es heute ganz undenkbar ist, eine Mobilisierungszeit von Wochen und auch Monaten — wie in früheren Kriegen — anzusetzen. Wenn jene Fristen auch heute gebraucht würden, um Luftabwehr und Flotteneinsatz erst einmal auf einen hohen Wirkungsgrad zu bringen, so könnte nach diesen Experten die Katastro-

phe bereits da sein. Bei der Ausbildung der Besatzungen höchst komplizierter Schiffe und Flugzeuge wird die Verwendung kurzdienender Wehrpflichtiger immer problematischer. Bei dem Tempo der Fortentwicklung der Technik brauchen Reservisten, die seit Jahren nicht mehr an Bord waren, erst einmal lange Zeit, um einigermaßen wieder auf dem Laufenden zu sein. Manche Spezialausbildung, die bei modernsten Fernlenk Waffen, Atomartillerie, Düsenjägern usw. lange Zeit braucht und große Summen kostet, lohnt sich kaum, wenn der Dienstpflichtige

etwa nach 18 Monaten oder zwei Jahren schon wieder entlassen wird.

Bei vielen Marinen und Luftflotten stellen schon jetzt langdienende Berufssoldaten die überwältigende Mehrheit des Personals. Den „Flaschenhals“ der zu geringen Meldungen tüchtiger Freiwilliger möchte England dadurch beseitigen, daß Sold und Zulagen auch für den einfachen Soldaten und alle Dienstgrade wesentlich erhöht werden. Heute werden auf diese Weise geeignete, technisch begabte junge Leute sehr oft von der Privatwirtschaft wegengagiert.

Taktik „Zerbrochenes Rückgrat“

Moskau steckt 120 Milliarden Rubel in die Marine

Eine der interessantesten Betrachtungen über den wahren Stand und die Leistungsfähigkeit der neuen Sowjetflotte veröffentlichte dieser Tage der Marinekorrespondent des Amsterdamer „Volkskrant“. Er stellt dabei einleitend fest, daß nach Schätzungen wohlunterrichteter Fachleute Moskau seit 1945 für den Auf- und Ausbau der roten Flotte den gigantischen Betrag von einhundertzwanzig Milliarden Rubel aufgewandt habe. Wenn die Marine-Experten des Westens sich eingehender mit der Sowjetflotte befassen, so stellen sich ihnen jedesmal eine Reihe von ungeklärten Rätseln. Amerikaner und Briten verstehen zum Beispiel nicht, warum die Sowjetunion, die doch über die Flottenentwicklung im Westen bestens unterrichtet sei, bis heute nicht ein einziges Flugzeug-Mutterschiff gebaut habe, also einen Typ, der bei den Angelsachsen als der modernste und erfolgreichste in der Marine gelte. Moskau ziehe demgegenüber die sogenannten klassischen Typen offenbar vor. Der Marinekorrespondent ist der Ansicht, daß die neue Sowjetflotte typisch für eine Nation sei, die über gewaltige Landstreitkräfte verfüge und sich einstweilen um die Sicherung weiter Anmarschwege zur See für ihre Armee kaum Sorgen zu machen brauche. Es wird daran erinnert, daß sowohl der Sowjetkreuzer wie auch die Unterseeboote in ihrer Leistungsfähigkeit mit den entsprechenden Einheiten des Westens auf gleicher Stufe ständen. Der niederländische Seeoffizier weist darauf hin, daß von den etwa vierhundert verfügbaren modernen

U-Booten der Sowjets mindestens die Hälfte dem Ozeantyp angehöre. Der Aktionsradius dieser U-Boote sei gewaltig. Sie könnten auch unter Wasser eine Geschwindigkeit von dreißig Stundenkilometern erreichen, und die neuen Sowjetkreuzer, von denen in absehbarer Zeit 32 Einheiten verfügbar seien, kämen sogar auf eine Höchstgeschwindigkeit von 62 Stundenkilometern. Damit würden beide Typen für die Seetransporte jedes Gegners zu einer außerordentlichen Gefahr.

Höchst interessant ist der Hinweis des Holländers auf eine Äußerung des Sowjet-Admirals Wladimirski, der kürzlich betont habe, die großen neuen U-Boote seines Landes würden in Zukunft auch auf weite Abstände ferngelenkte Projektile und wahrscheinlich sogar Atomtorpedos abfeuern können. Wladimirski hielt es für möglich, daß in einem Kriegsfalle große Sowjet-Unterseeboote auch feindliche Küsten und Stützpunkte unter Feuer nehmen könnten. Moskau habe seinem Flottenstab offenbar die sogenannte „Taktik des gebrochenen Rückgrats“ ans Herz gelegt. Darunter verstehe man, daß in einem Ernstfalle alles unternommen werden solle, um durch die Lahmlegung westlicher Seetransporte das eigentliche Rückgrat der gegnerischen Kriegsführung zu erschüttern. Auf Grund umfassender Studien der neuesten Sowjet-Schiffstypen kommt der Niederländer zu dem Schluß, daß der Einfluß deutscher Pläne aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges bei der russischen Flotte sehr spürbar sei.

Das Rote Kreuz will sich Atomzeitalter anpassen

Wenn eine geheime Tätigkeit enthüllt wird, handelt es sich oft um dunkle Angelegenheiten. Nichts Siniestres haftet jedoch der einjährigen geheimen Arbeit an, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz von der Öffentlichkeit unbemerkt durchführt, bis jetzt ein japanischer Journalist das Geheimnis lüftete. Wie weit dabei eine offizielle Indiskretion im Spiele war, ist nicht bekannt, jedoch liegt die Vermutung nahe, da es sich um eine Sache handelt, die den Japanern mehr als allen anderen Nationen am Herzen liegt: um Atom- und Wasserstoffbomben.

Seit Juli 1955 liegt den Regierungen aller Länder, die Mitglieder im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz sind, ein Entwurf vor, der im Auftrag des Genfer Komitees ausgearbeitet wurde und der zum Ziele hat, die alten Genfer Konventionen über die Kriegführung den neuen Gegebenheiten des Atomzeitalters anzupassen. Überall wurde Stillschweigen bewahrt, bis die Weltöffentlichkeit jetzt von dieser sie ungeheuer interessierenden Angelegenheit durch die japanische Indiskretion erfährt. Die Grundlage der neuen Genfer Konvention, welche die Rotkreuz-Experten vorschlagen, bleibt dieselbe wie die der alten: der Grundsatz, daß gegen die Zivilbevölkerung nicht Krieg geführt werden darf. Das aber bedeutet das Verbot des Einsatzes von Atomwaffen. Im Grunde sind sie schon durch die bestehende Genfer Konvention verboten, aber der neue Entwurf zeichnet sich dadurch aus, daß er sie ausdrücklich nennt.

Die Vorarbeiten sind vom Roten Kreuz in Genf deshalb in aller Stille geführt worden, weil man wußte, daß einige Regierungen, darunter vor allem die der Vereinigten Staaten von Amerika, unter keinen Umständen an ein Verbot der Anwendung von Atomwaffen heranwollen. Das amerikanische Argument lautet, daß man dabei sei, solche Atomwaffen zu entwickeln, die sich zum taktischen Einsatz auf dem Schlachtfeld eignen, also nicht gegen die Zivilbevölkerung gedacht seien. Wie sich dieses Argument allerdings mit der Wasserstoffbombe verträgt, bleibt unerklärt.

In Genf wartet man nun beim Internationalen Roten Kreuz, wie „Le Monde“ meldet, geduldig auf die Antworten der Regierungen, denen man die Anregung unterbreitet hat. Die meisten scheinen sich Zeit zu lassen, wie die Tatsache beweist, daß inzwischen über ein halbes Jahr seit der Umfrage vergangen ist. Dennoch hoffen die Männer vom Roten Kreuz in Genf, noch in diesem Jahr eine große

diplomatische Konferenz zur Ächtung der „indiskriminierenden Kriegführung“ zustande zu bekommen, auf der die neue Genfer Konvention beschlossen werden soll. Die japanische Indiskretion, die sofort von einer großen amerikanischen Agentur weitergemeldet wurde, ist erfreulich. Vielleicht macht in einigen Ländern der Druck der öffentlichen Meinung den Regierungen Beine. P. L.

Fußgänger hinter Gittern

Bekanntlich ist der Autofahrer der geborene Feind des Fußgängers und umgekehrt. Wer bequem am Volant sitzt, den Fuß tief auf dem Gaspedal, dem erscheint der eilige die Straße überquerende Passant als ein öffentliches Ärgernis, und wer sich per pedes fortzubewegen gezwungen ist, sieht sich durch den Autofahrer in seiner naturrechtlichen Bewegungsfreiheit mehr und mehr gehemmt. Dabei sind in diesen beständigen „Straßenkämpfen“ unserer Zivilisation die Fronten keineswegs starr. Nicht nur steckt in jedem Fußgänger von heute ein potentieller Kraftfahrer von morgen — er braucht zum Wechsel der Front nur einige Wechsel zu unterschreiben — sondern auch jeder Kraftfahrer, der nur vom Parkplatz zum Büro läuft, verwandelt sich für Minuten in einer seltsamen Metamorphose wieder zum Fußgänger zurück, der am Bordstein wartend über die „Auraserei“ verzweifelt den Kopf schüttelt. Den Kopf zerbrechen tun sich mittlerweile diejenigen, denen die Wahrung des Landfriedens auf den Straßen unserer Städte obliegt: Wie können nach Möglichkeit die streitenden Parteien auseinandergelassen werden, damit es nicht so häufig zu Zusammenstößen zwischen Fußgängern und Kraftwagen kommt? So will man jetzt in Frankfurt a. M. festgestellt haben, daß in den meisten Fällen die Passanten die Schuld tragen, weshalb sie nun durch rigorose Maßnahmen zur Vor- und Rücksicht angehalten werden sollen. Zunächst hat man an den Verkehrsbrennpunkten uniformierte Beamte postiert, die dem lau-

fenden Publikum an Hand laufender Strafbefehle den Unterschied zwischen grün und rot klar machen sollten. Das ging bei steigenden fiskalischen Einnahmen nur so lange gut, als die Beamten an ihrer Uniform erkennbar waren. Kaum waren sie jedoch verschwunden, als sich grün und rot in den Augen der Straßenkreuzenden angesichts der Straßenkreuzer wieder seltsam verwischten. So hat man jetzt gedroht, Kriminalbeamte in Zivil zur besseren Überwachung der Passanten einzusetzen. Aber auch die Passanten sind, so lange sie nicht ins Auto rennen, keineswegs auf den Kopf gefallen, weshalb sie neuerdings zwar nicht den Autos, aber den Bestimmungen ausweichen, indem sie den Fahrradweg wenige Meter neben den Ecken überqueren, wo die Verkehrsampeln keine Macht mehr über sie ausüben. Aber auch das soll ihnen jetzt unmöglich gemacht werden. Die Verkehrsplaner brüten bereits über Plänen, die Bürgersteige der Innenstadt mit Gittern zu versehen, die Fußgänger gewissermaßen hinter Gitter zu setzen, aus denen sie sich dann nur noch an amtlich lizenzierten und durch Ampellicht verzierten Straßenecken herauszuwinden vermöchten. Damit stünde es in dem Guerillakrieg auf unseren Straßen zunächst 1:0 für die Autofahrer. Aber wie wird es in 20 oder gar 50 Jahren aussehen, wenn ein weiterer großer Teil der bisherigen Passanten zu den Autofahrern „übergelaufen“ sein wird? Wird man dann nicht überhaupt die eine oder andere Partei verbieten und — ganz legal — in den Untergrund drängen müssen?

Um das China-Embargo

In London ist man sehr unglücklich darüber, daß es Ministerpräsident Eden nicht gelungen ist, von dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower eine Lockerung des China-Embargos zu erreichen. Es war die englische Absicht, wenigstens durchzusetzen, daß in Zukunft die Ausfuhr nach China ebenso behandelt würden wie Ausfuhr nach den Ländern des Ostblocks, vor allem nach der Sowjetunion selbst. An sich ist die verschiedene Behandlung etwa der Sowjetunion und des kommunistischen China im Handel mit strategischen Gütern eine etwas illusorische Angelegenheit. Denn was nach Rußland, an die Tschechoslowakei oder nach Polen geht, kann mit Leichtigkeit und ohne Kontrolle von dort auch nach China weitergeliefert werden. Eine gleiche Behandlung würde an sich an der tatsächlichen Situation in Bezug auf die Versorgung Chinas nichts ändern, aber den Exporteuren den Vorteil bieten, daß sie ihre Geschäfte mit China direkt und auf diese Weise wahrscheinlich günstiger abschließen könnten. Die Gespräche Edens und Eisenhowers standen unter dem Vorzeichen der amerikanischen Präsidentenwahlen. Dazu kam, daß bestimmte Kreise in den USA noch vor dem Eintreffen Edens im State Department besonders stark gegen dessen Absicht intervenierten. Eine Rolle spielten dabei große Lieferungen von Kupferdraht, die im vergangenen Jahr an die Sowjetunion und z. T. von dort aus auch weiter nach China gegangen sein sollen. Nur widerstrebend hatten sich im Sommer 1954 auf britisches Drängen die Amerikaner zu einer Lockerung des

Embargos und einer Herabsetzung der Liste der verbotenen Waren von 297 auf 217 herbeigefunden. Nun macht man in Washington geltend, daß die Briten seinerzeit gerade Kupferdraht als nur von untergeordneter Bedeutung bezeichnet und die Versicherung gegeben hätten, daß Exporte dieser Warenkategorie nur äußerst gering sein würden. Die Amerikaner wollen jedoch herausgefunden haben, daß bis zum 31. Dezember 1955 fast 100 Millionen kg Kupferdraht ihren Weg in die Sowjetunion und von dort aus auch nach China gefunden hätten.

Besonders mißmutig über den Mißerfolg Edens ist man vor allem auch in der britischen Autoindustrie. Die bekannten Austin-Werke, die wegen Absatzschwierigkeiten schon Kurzarbeit eingeführt haben, waren beim britischen Außenamt vorstellig geworden, daß Handelsrestriktionen gegenüber China in Bezug auf Automobile aufgehoben werden müßten. Es wartet nämlich gerade auf Austin eine Peking Bestellung auf 1500 Fahrzeuge im Werte von etwa 12 Millionen DM. Die britische Enttäuschung wird auch in anderen westeuropäischen Ländern geteilt. Man weiß überall um die Illusion, die darin liegt, gewisse Waren an die Sowjetunion zu liefern, nicht dagegen an China, in der frommen Hoffnung, daß sie ihren Weg nach dort nicht finden würden. Dazu kommt ein politisches Moment. Ein direkter Handelsverkehr des Westens mit China würde dieses selbständige gegenüber Moskau machen. Mit anderen Worten: das Embargo arbeitet einseitig der Sowjetunion in die Hände. W. Sch.

Barbaren der See

Gefechtsklar stiegen kürzlich auf Island stationierte Kampfflugzeuge der amerikanischen Marine auf, um mit Bomben und Bordwaffen ihre Einsatzbereitschaft an einem in isländische Gewässer eingedrungenen „Feind“ zu beweisen. Freilich waren es nicht etwa von Spitzbergen her vorgestoßene sowjetische Streitkräfte, die den Mut der US-Navy-Piloten auf die Probe stellen wollten. Vielmehr handelte es sich um eine große Herde von Wale, durch die der Alarm bei den amerikanischen Stützpunkten ausgelöst wurde. Mehrere hundert Tiere hatten sich bis auf eine Entfernung von etwa 25 Meilen der Küste genähert. Eine durchaus nicht ungewöhnliche Erscheinung in harten Polarwintern. Sehr ungewöhnlich allerdings war die Reaktion, die jene Walherde auslöste: die amerikanischen Maschinen stürzten sich mit heulenden Motoren auf diese willkommenen beweglichen Ziele, um sie mit Wasserbomben und Bordwaffen zu bekämpfen. „Es waren über 1000 Tiere — das Meer war schwarz von ihnen“, berichtete mit stolzschneller Brust einer der kühnen Piloten, der an der „Schlacht“ teilgenommen hatte. Als die Flugzeuge abdrehten, waren nur noch wenige Wale übrig. Es heißt, die Amerikaner hätten diesen Einsatz auf Wunsch der isländischen Regierung geflogen, die in der Walherde

eine Bedrohung der Fischgründe gesehen habe.

Nun, Walherden vor Island hat es schon gegeben, bevor sie von Amerikanern mit Bomben und Bordwaffen bekämpft werden konnten. Deshalb haben die isländischen Fischer doch immer genügend Fische aus dem Meer holen können. Schließlich bleibt es auch nebensächlich, ob die Regierung in Reykjavik oder das US-Flottenkommando die Schlacht vor Island wünschten. Fest steht, daß es für die Ereignisse, die sich vor der Küste von Island abspielten, bei jedem normalen Menschen nur eine Bezeichnung gibt: Barbarei.

Es soll nicht untersucht werden, wie weit die bombenwerfenden und schießenden Amerikaner gegen internationale Abkommen verstoßen haben. Bekanntlich ist der Wal eine wichtige Fettquelle für die Menschen und daher durch Schonzeiten und genaue Abschubzahlen geschützt. Die Amerikaner müssen sich aber darüber im klaren sein, daß ihr jüngstes Heldentum keineswegs zur Steigerung der ohnehin nicht sehr großen Freude der isländischen Bevölkerung über die US-Stützpunkte auf der Insel beigetragen hat. Die Isländer sind nämlich Menschen von hoher Ethik — auch dann, wenn wirklich ihre Regierung die Verantwortung für diese Barbarei auf See tragen sollte.

Vier Prozent Analphabeten

Amerikakorrespondenten angesehener europäischer Zeitungen berichteten dieser Tage die erstaunliche Tatsache, daß etwa vier von Hundert Rekruten des amerikanischen Heeres, die alljährlich zum Waffendienst einberufen werden, weder lesen noch schreiben können, wenn sie den berühmten „bunten Rock“ anziehen. Als die Journalisten davon hörten, wollten sie selbst gar nicht daran glauben, später wurde ihnen aber von zuständiger Seite bestätigt, daß rund gerechnet 17 000 der neuen Rekruten zwar körperlich völlig fit, jedoch Analphabeten sind, die das Lesen, Schreiben und Rechnen erst in der Truppe selbst erlernen müssen. Sie werden nicht etwa zu einer besonderen „Alphabetendivision“ zusammengefaßt, sondern den bestehenden Einheiten überwiesen, wobei man sie sofort zu einem elementaren „Übergangstraining“ kommandiert, das neben dem eigentlichen Truppendienst abgewickelt sein will und für das in Amerika Hunderte von Lehrkräften eingesetzt sind. Meist handelt es sich um junge Leute vom Lande, die die Eltern trotz aller gesetzlichen Bestimmungen nur gelegentlich oder überhaupt nicht in die Schule schicken, weil sie die „boys“ lieber als Hilfskräfte im eigenen Farmbetrieb verwenden. Es ist denn auch gar nicht selten, daß ein solcher Analphabet nicht einmal seinen Namen schreiben, dafür aber höchst komplizierte Maschinen und Fahrzeuge steuern kann. Die sehr hohe Zahl an Soldaten, die nicht ein-

mal elementarste Schulkenntnisse besitzen, ist doppelt verwunderlich in einem Lande, das bekanntlich bis in den letzten Winkel mit Schulen aller Art übersät ist und sein eigenes Schulsystem für das beste und vielseitigste der Welt hält. In den Städten und größeren Landgemeinden kommt man den „Schulschwänzern“ auch recht bald auf die Spur, anders liegen die Dinge wohl in jenen hinterwäldlerischen weitverstreuten Farmdörfern, wo oft die Bürgermeister, Sheriffs und Schulinspektoren offenbar den schulfreudigen Eltern nicht so auf die Finger schauen können. Der Schulunterricht während des Militärdienstes hat im allgemeinen recht gute Erfolge. Nur etwa drei Prozent der Analphabeten muß später wegen völliger Untauglichkeit wieder aus dem Waffendienst entlassen werden. Die übrigen 97 Prozent kommen wenigstens auf das Niveau einer Volksschulbildung. Die Militärbehörden sind dennoch mit der ihnen so zugemuteten Aufgabe wenig einverstanden. Die Unterrichtsverwaltung ist immer wieder auf den Tatbestand hingewiesen worden und soll in Zukunft unnachlässiglich durchgreifen. Es ist ja klar, daß ein Soldat dem man erst beim Kommiß Lesen, Schreiben und Rechnen mühsam beibringen muß, für eine ganze Reihe von notwendigen Spezialausbildungen völlig ausfällt und nicht viel mehr als die einfache Grundausbildung geistig „verkräftet“ kann.